



NEUDRUCK

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

23. Sitzung (öffentlich)

21. November 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:00 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019) 4

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3300
Drucksache 17/4100 (Ergänzung)
Vorlage 17/1085 (Erläuterungsband Epl. 14)
Vorlagen 17/1167/1272/1409

Der Ausschuss stimmt den in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung fallenden Kapiteln des Einzelplans 14 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der AfD zu.

2 Mittelstand und Handwerk stärken – Arbeitsplätze sichern: Unternehmensnachfolge in NRW unterstützen 8

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/2159
Ausschussprotokoll 17/328
Stellungnahmen siehe Ausschussprotokoll 17/328

Der Ausschuss nimmt den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP – Drucksache 17/2159 – mit den Stimmen der CDU, der FDP und der AfD bei Stimmenthaltung der SPD und der Grünen an.

3 Lebenswert, innovativ und klimafreundlich: Zukunftsfähige Entwicklung des Rheinischen Reviers strategisch gestalten! 17

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Drucksache 17/4104

In Verbindung mit:

4 Strukturwandel im Rheinischen Revier konkret machen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4117

In Verbindung mit:

5 Neue Flächen für Wohnraum-, Gewerbe- und Industrieentwicklung im Rheinischen Revier ausweisen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4118

Der Ausschuss kommt auf Anregung der Grünen und der SPD überein, eine gemeinsame Anhörung zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 17/4104, dem Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/4117, und dem Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/4118 durchzuführen.

- 6 Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung – Welche Ziele und welche Strategie verfolgt die Landesregierung zur Absicherung des Strukturwandels im Rheinischen Revier? 18**
Vorlage 17/1168
- 7 Bisherige Maßnahmen und Erfolge der Landesregierung und ihres Sonderbeauftragten zur Abfederung der Brexit-Folgen für Nordrhein-Westfalen 22**
Vorlage 17/1130
- 8 Netzentgeltbefreiung – wer wurde befreit, wer hat nachgezahlt? 27**
Vorlage 17/1265
- 9 Folgen des vom Oberverwaltungsgericht Münster verkündeten Rodungsstopps im Hambacher Forst 28**
Vorlagen 17/1267/1410
- 10 Entwurf einer Zweiten Verordnung zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung Vergabekammern Nordrhein-Westfalen 29**
Vorlage 17/1355
- Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung wurde zu dem mit Vorlage 17/135 übersandten Verordnungsentwurf gehört.
- 11 Das entfesselte Ladenöffnungsgesetz sorgt für Unzufriedenheit und Unfrieden in den Kommunen 30**

Aus der Diskussion

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3300
Drucksache 17/4100 (Ergänzung)
Vorlage 17/1085 (Erläuterungsband Epl. 14)
Vorlagen 17/1167/1272/1409

Frank Sundermann (SPD) betrachtet einen Haushalt als Symbol für die Wirtschaftspolitik. Gute Wirtschaftspolitik funktioniere und schaffe verlässliche und umsetzbare Rahmenbedingungen.

Diese Kriterien erfülle die gegenwärtige Wirtschaftspolitik nicht. Beispiele hierfür seien der Windkrafterlass und das Ladenöffnungsgesetz. Der Windkrafterlasse schaffe keine rechtssicheren Rahmenbedingungen und werde vom Vorsitzenden Richter des Verwaltungsgerichts Münster als reine Symbolpolitik bezeichnet. Symbolpolitik reiche nicht aus, um Rechtssicherheit zu schaffen oder Verlässlichkeit darzustellen. Auch das Ladenöffnungsgesetz schaffe keine Rechtssicherheit.

In Nordrhein-Westfalen gebe es 209 Kommunen und kreisangehörigen Städten mit weniger als 25.000 Einwohnern. Gerade diese kleinen Kommunen, die bei Rechtsstreitigkeiten nicht unmittelbar auf eine Vielzahl von Juristen zurückgreifen könnten, sollten im Blick behalten werden, um eine vernünftige Wirtschaftspolitik zu machen, die dem Land diene.

Henning Rehbaum (CDU) weist darauf hin, dass die Energieversorgung nicht nur die Windenergie umfasse. Unter Rot-Grün habe es reihenweise Prozesse zur Windkraft gegeben. Die gegenwärtige Regierung strebe eine Verbesserung der Situation an. Dem Energieträger Wind müsse der ihm zukommende Stellenwert beigemessen werden. Für Investoren und Kommunen müsse Handlungssicherheit geschaffen werden. Gleichzeitig werde angemessener Schutz für die Anwohner benötigt. All das müsse in Zukunft gewährt sein.

Die NRW-Koalition sei angetreten, um Wirtschaftswachstum für Nordrhein-Westfalen wieder zu ermöglichen, Arbeitsplätze zu schaffen und eine Energiewende einzuleiten, die funktioniere und CO₂ über NRW hinaus einspare. Innovationen sollten gefördert werden, damit NRW ein Taktgeber in Deutschland für Wachstum und Innovation werde.

Der vorliegende Haushaltsentwurf beweise, dass die Koalition Wort halte. Es werde massiv investiert. Im Bereich des Klimaschutzes und der Energie stiegen die Gesamtausgaben um 82 Millionen Euro auf 125,8 Millionen Euro. Der Bereich des zielorientierten Klimaschutzes steige um 45 %. Die Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr werde mit 40 Millionen Euro zusätzlich gefördert. Beim Förderprogramm Pumpspeicherkraftwerke gebe es eine Erhöhung um 700 %. Für Energieforschung stünden 6,9 Millionen Euro zusätzlich im Haushalt.

Insbesondere in den Mittelstandsbereichen könne in zahlreichen Fällen eine enorme Steigerung der Mittel festgestellt werden. Beispiele hierfür seien die Strukturhilfen für den Braunkohletagebau mit einem Anstieg um 60 %, die Förderung der Steinkohlerückzugsgebiete, aber auch die Mittelstandsförderpolitik und die Gründungsförderpolitik mit einem Anstieg um 400 %. Auch mit dem Tourismus beschäftige man sich inzwischen sehr intensiv. Er erfahre einen Anstieg um 28 %.

Nordrhein-Westfalen solle der Topstandort für Mittelstand, Handwerk und Industrie sowie für Start-ups werden. Auch für den Einzelhandel trage das Land Verantwortung und müsse etwas tun.

Unternehmen sollten sich in Nordrhein-Westfalen wohlfühlen, damit sie investierten und Arbeitsplätze schafften. Der Beweis für den hohen Stellenwert, den Energiewende, Wachstums- und Wirtschaftspolitik in der NRW-Koalition genossen, liege im vorliegenden Haushaltsentwurf mit seinem enormen Mittelaufwuchs. Die CDU danke dem Ministerium und Minister Professor Pinkwart ausdrücklich für den Haushalt und stimme selbstverständlich zu.

Wibke Brems (GRÜNE) erkennt an, dass die Landesregierung Erfolgsprojekte der vergangenen Landesregierung fortführt.

Die Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr werde verzögert, da die erwähnten 40 Millionen Euro eigentlich bereits 2017 hätten verausgabt werden sollen. Die Einstellung des Ansatzes nun als Erhöhung darzustellen, sei hanebüchen.

Es sei problematisch, ein Institut, das auf einmal nicht mehr wirtschaftlich arbeite, zu unterstützen, weil es zur Ideologie der aktuellen Landesregierung passe. Deshalb beantragten die Grünen eine Reduzierung des Ansatzes zur Unterstützung des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität zu Köln.

Der Ansatz für die klimaneutrale Landesverwaltung solle erhöht werden, damit sie mit gutem Beispiel vorangehe. Auf landeseigenen Liegenschaften könnten beispielsweise Photovoltaikanlagen installiert werden. Dies Sorge gleichzeitig für geringere Energieausgaben.

Bei der Windenergie gehe es auch um Verlässlichkeit. Gerade Bürgerwindparks sorgten für steigende Akzeptanz in der Bevölkerung. Gleichzeitig gebe es gerade bei Bürgerwindparks große Verunsicherungen bezüglich der Ausschreibungen. Der Haushaltsansatz solle um 1 Million Euro erhöht werden, um Bürgerwindprojekte mit Beratungsleistungen wie Wirtschaftlichkeitsbewertungen zu unterstützen. Gerade bei Bürgerwindprojekten müsse mittlerweile sehr viel Vorleistung erbracht werden, bevor Sicherheit bestehe, dass ein Projekt zum Tragen komme.

In Schleswig-Holstein werde eine solche Förderung von Bürgerwindprojekten nach Genehmigung des Projektes wieder zurückgezahlt. Die Landesregierung überbrücke also nur eine gewisse Unsicherheit.

Ralph Bombis (FDP) meint, die bisherige am Haushalt geübte Kritik zeige, dass die Opposition verzweifelt nach Gründen suche, um den Haushalt nicht mittragen zu müssen.

Der Haushalt entspreche dem, was sich CDU und FDP vorgenommen hätten. An einem Haushalt sollten sich die großen Aufgaben ablesen lassen. Das sei deutlich der Fall. Bei der Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen, bei der Digitalisierung von Gründern und Start-ups seien ebenso Impulse gesetzt worden wie beim Strukturwandel im Rheinischen Revier, bei der Energiewende. Genauso habe die Landesregierung den Handel, die industriellen Strukturen und das Handwerk im Blick.

In Nordrhein-Westfalen werde eine Willkommenskultur für Unternehmen und für Gründer gesetzt. Dazu gehörten unter anderem die Entfesselungspakete.

Erklärtes Ziel der Koalition sei es auch, mehr Möglichkeiten für den stationären Handel zu schaffen. Dabei könne es Anlaufschwierigkeiten geben. Über die wirklichen Zahlen solle sachlich diskutiert werden. Seiner Kenntnis nach spielten sich die Abläufe langsam ein, sodass die gewünschten Impulse zum Tragen kämen.

Es gehe bei der Windenergie darum, auch Akzeptanz für die Energiewende zu bekommen. Diese Akzeptanz gebe es in vielen Bereichen des Landes nicht mehr. Die Opposition verweise auf Zusammenhänge, die nicht in Landeshoheit lägen.

An dem Haushalt könne abgelesen werden, wohin die NRW-Koalition das Land steuern wolle. NRW solle im Vergleich der Bundesländer weiter nach vorn rücken. Insbesondere die Arbeitnehmer sollten in einer künftig digitalisierten Wirtschaft eine Perspektive haben.

Christian Loose (AfD) erwartet gerade angesichts der guten konjunkturellen Lage und aufgrund des niedrigen Zinsniveaus deutlich größere Anstrengungen der Regierung. Alle Schulden, die in dieser Situation nicht zurückbezahlt würden, bürde man den folgenden Generationen auf. Das Pumpspeicherkraftwerk Höxter sei eines der wirtschaftlichsten Projekte in dem Bereich. Aber selbst das Programm werde eingestellt. Die dort investierten Mittel seien letztendlich verschwendet.

Die AfD halte das GFG für leistungsfeindlich und letztendlich schädigend. Gerade schlecht arbeitende Kommunen blieben in ihrer Struktur erhalten und würden nicht zu Reformen angeregt.

Das bedeutendste Instrument der Wirtschaftsförderung in der Verantwortung seines Ministeriums sei laut Aussage des Wirtschaftsministers das EFRE-Programm. Dies sein extrem ineffizient. Deutschland zahle dafür viel Geld an die EU, um einen Bruchteil zurückzubekommen. Auch das Land schieße Geld hinzu, damit Unternehmen selbst eine kleine Investition tätigten.

Oliver Kehrl (CDU) stellt klar, für die Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr habe es in 2018 eine Verpflichtungsermächtigung über 100 Millionen Euro gegeben. Die Aussage, es sei etwas verzögert worden, sei schlichtweg falsch.

Laut verschiedener Umfragen mache Handel Heimat. Das gehe über das Ladenöffnungsgesetz hinaus. Schließen Ladengeschäfte in den Städten, bedeute dies einen Verlust von Heimat. Vitale Innenstädte seien das erklärte Ziel der NRW-Koalition. Dafür spiele die Struktur im Einzelhandel eine Rolle. Gerade kleinere Unternehmen bräuchten dafür Unterstützung. Leerstandsmanagement und City-Marketing seien erforderlich. Städte müssten wieder zu Erlebnisräumen mit hoher Aufenthaltsqualität werden. Dazu könnten verkaufsoffene Sonntage gehören. Das müsse an den anderen 300 Tagen im Jahr aber auch funktionieren. Damit das Land diese Entwicklung fördern könne, sei eine valide Datenbasis vonnöten.

CDU und FDP hätten einen Änderungsantrag eingebracht, um ein Gutachten in Auftrag geben zu können, das sich insbesondere mit der Quantifizierung von Leerständen, dem Digitalisierungsgrad des Handels etc. befasse. Kleine, mittlere und große Städte sollten geclustert werden, um aus diesen Daten ableiten zu können, welche Möglichkeiten diese Städte hätten.

Zudem stellten CDU und FDP weitere Änderungsanträge zur Förderung, Stärkung und Betreuung des digitalen Handels. Die Stärkung des stationären Handels und die Sicherung der dort verbliebenen Arbeitsplätze diene der Strukturstärkung gerade von kleineren und mittleren Städten.

Der Ausschuss stimmt den in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung fallenden Kapiteln des Einzelplans 14 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der AfD zu.